

Stand: 20.04.2026 06:36:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18895

"Kein Freizeitlockdown für Kinder und Jugendliche - kein Ausschluss von sozialer Teilhabe - 3G statt 2G für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18895 vom 10.11.2021
2. Beschluss des Plenums 18/18906 vom 11.11.2021
3. Plenarprotokoll Nr. 96 vom 11.11.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster** und Fraktion (SPD)

Kein Freizeitlockdown für Kinder und Jugendliche – kein Ausschluss von sozialer Teilhabe – 3G statt 2G für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei Kindern und Jugendlichen eine Impfung nicht zur Voraussetzung sozialer Teilhabe zu machen. Kinder und Jugendliche, die engmaschig in der Schule getestet werden, gilt es daher von der 2G-Regelung, wie sie in Bayern nun für viele Bereiche des öffentlichen Lebens eingeführt wurde, auszunehmen. Für engmaschig getestete, geimpfte und genesene Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren muss soziale Teilhabe mit einer 3G-Regelung weiterhin möglich sein. Wirksame Infektionsschutzmaßnahmen bei allen Angeboten für Kinder und Jugendliche sind sicherzustellen.

Zugleich gilt es, niedrighschwellige Impfangebote für Kinder und Jugendliche auszuweiten, um die Impfquote auch bei Kindern und Jugendlichen zu erhöhen.

Begründung:

Am 16. August hat die Ständige Impfkommission (STIKO) eine COVID-19-Impfempfehlung für Kinder und Jugendliche ausgesprochen. Nach sorgfältiger Bewertung neuer wissenschaftlicher Beobachtungen und Daten kamen die Expertinnen und Experten zu der Einschätzung, dass nach gegenwärtigem Wissensstand die Vorteile der Impfung gegenüber dem Risiko von sehr seltenen Impfnebenwirkungen überwiegen. Eine COVID-19-Impfung schützt Kinder und Jugendlichen vor einer COVID-19-Erkrankung und den damit assoziierten psychosozialen Folgeerscheinungen.

Stand 8. November 2021 sind 42,8 Prozent der Kinder und Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren vollständig geimpft, 47,3 Prozent haben eine Impfung erhalten. In Bayern steht die Corona-Ampel auf „rot“, was bedeutet, dass in vielen Bereichen seit Dienstag 9. November eine 2G-Regelung greift. Mit Blick auf die niedrigen Impfquoten bei Kindern und Jugendlichen bedeutet dies aber auch, dass mehr als die Hälfte der Kinder und Jugendlichen nun von Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten ausgeschlossen ist. Sie dürfen nicht ins Kino oder in den Zoo. Zumindest bis zum 31. Dezember 2021 sind (so die Aussagen von Ministerpräsident Dr. Markus Söder) ungeimpfte 12- bis 17-jährige Schülerinnen und Schüler noch zu „sportlichen und musikalischen Eigenaktivitäten und Theatergruppen“ zugelassen. Diese „Übergangsregelung“ greift aber zu kurz.

Unbestritten ist, dass die Impfquote in allen Altersgruppen gesteigert werden muss. Auch Kindern, Jugendlichen und Familien wird die Impfung ausdrücklich empfohlen, denn sie schützt eine einzelne Person ebenso wie uns alle. Wichtig ist es deshalb, niedrighschwellige Impfangebote auszuweiten, um die Impfquote bei Kindern und Jugendlichen zu erhöhen. Dennoch, und dies machen auch die Expertinnen und Experten der

STIKO explizit deutlich, darf eine Impfung bei Kindern und Jugendlichen nicht zur Voraussetzung sozialer Teilhabe gemacht werden.

Die sozialen Einschränkungen der Pandemie belasten junge Menschen besonders stark – vor allem diejenigen, die bereits vor der Pandemie unter schwierigen Bedingungen aufgewachsen sind. Diese besonderen Belastungen wurden durch Studien und Rückmeldungen von Fachkräften und Fachorganisationen aus der Praxis bestätigt. Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina weist darauf in ihrer 8. Ad-hoc-Stellungnahme vom 21. Juni 2021 zu psychosozialen und edukativen Herausforderungen und Chancen in der COVID-19-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen hin. Im Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona“ heißt es daher: „Zu beachten ist, dass Maßnahmen, die zur Eindämmung der Pandemie erlassen werden, nicht nur mit den Grundrechten, sondern auch mit der VN-Kinderrechtskonvention (VN-KRK) in Einklang stehen müssen, zu der u. a. das Recht auf Bildung (Art. 28 VN-KRK), das Recht auf Freizeit (Art. 31 VN-KRK) und das Recht auf Gesundheit (Art. 24 VN-KRK) zählen.“

Dies gilt es auch in Bayern zu beachten. Kinder und Jugendliche, die in der Schule dreimal wöchentlich mit Schnelltests oder zweimal wöchentlich (Grund-, Förderschulen) mit PCR-Pooltests getestet werden, müssen wie bisher gegen Vorlage ihres Schülerausweises teilhaben dürfen. Sie haben in den letzten Monaten die härtesten Einschränkungen erfahren und aus Solidarität die größte Last getragen. Jetzt ist es an den Erwachsenen, sich ebenfalls solidarisch zu zeigen und sich impfen zu lassen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Michael Busch, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster und Fraktion (SPD)

Drs. 18/18895

Kein Freizeitlockdown für Kinder und Jugendliche – kein Ausschluss von sozialer Teilhabe – 3G statt 2G für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Julika Sandt

Abg. Doris Rauscher

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Maximilian Deisenhofer

Abg. Thomas Huber

Abg. Markus Plenk

Abg. Matthias Fischbach

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Andreas Winhart

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Abg. Christian Klingen

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)

**Soziokulturelle Teilhabe von Kindern nicht vom Impfstatus abhängig machen
(Drs. 18/18819)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u. a. und Fraktion (SPD)

Kein Freizeitlockdown für Kinder und Jugendliche - kein Ausschluss von sozialer Teilhabe - 3G statt 2G für Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 17 Jahren (Drs. 18/18895)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Anne Cyron, Katrin Ebner-Steiner, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)

Soziale Teilhabe für Kinder und Jugendliche ohne Einschränkungen sicherstellen (Drs. 18/18896)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Freizeitangebote für Schülerinnen und Schüler auch bei roter
Krankenhausampel ermöglichen - PCR-Pooltests und Impfkampagne ausweiten!**
(Drs. 18/18897)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Frau Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich zitiere aus der Empfehlung der Ständigen Impfkommission vom 16. August dieses Jahres: "Die STIKO spricht sich ausdrücklich dagegen aus, dass bei Kindern und Jugendlichen eine Impfung zur Voraussetzung sozialer Teilhabe gemacht wird." Was aber macht jetzt die Bayerische Staatsregierung? – Sie macht genau die Impfung zur Voraussetzung für soziale Teilhabe, indem sie die 2G-Regel einführt. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Wissenschaft. Nebenbei bemerkt, ist das auch ein Schlag ins Gesicht dieses Parlamentes, wenn man bedenkt, wie diese Regelung eingeführt wurde, nämlich aus der Hüfte geschossen. Ein Tag nach Inkrafttreten fiel der Staatsregierung dann plötzlich ein, dass das vielleicht nicht ganz so gut ist, und sie ruderte deshalb halbherzig zurück. Vor allem ist es aber – und das schmerzt am meisten – ein Schlag gegen die jungen Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der FDP)

In der Gruppe der 12- bis 17-Jährigen sind – die Empfehlung kam sehr spät, und das hat auch Gründe – bisher nur rund 40 % geimpft. Natürlich unterstützen wir es, wenn die STIKO die Impfung empfiehlt, und natürlich ist ganz grundsätzlich eine Impfung zu empfehlen. Im Moment ist es aber nun einmal so, dass ein Großteil der jungen Leute nicht geimpft ist, und das heißt, sie sind durch diese Regelung de facto von sozialer Teilhabe ausgeschlossen. Das Kabinett hat dann zwar vorübergehend eine aktive Teilhabe ermöglicht, aber eben nur übergangsweise, bis Ende dieses Jahres. Viele, die sich jetzt impfen lassen möchten, werden es kaum schaffen, bis dahin geimpft zu sein. Was nach wie vor nicht möglich ist, auch jetzt nicht, nach Erlass dieser Regelung, das

ist das Zuschauen, nicht nur beim Fußball. Das gilt auch für den Theaterbesuch, für das Kino, für den Zoo, für das Museum. All das geht für den Großteil der jungen Menschen jetzt nicht mehr.

Noch etwas: Jugendliche, die nicht zur Schule gehen, bleiben auch bei der neuen Regelung, mit der beim Sport usw. zurückgerudert wurde, auf der Strecke.

Was ist das für eine Regierung? – Soziale Vereinsamung statt Boostern für Ältere. Bei den Menschen über 60 Jahren haben beispielsweise in Schleswig-Holstein – wo übrigens Heiner Garg für diesen Bereich zuständig ist – 12,7 % bereits ihre Booster-Impfung bekommen. Im Bundesschnitt sind es 9,1 %. Bayern aber drückt diesen Schnitt wieder einmal, mit 8,4 %. Aber Ihnen fällt nichts Besseres ein, als Jugendliche auszuschließen. Viele andere Länder machen das übrigens nicht. Junge Menschen haben nämlich wirklich lange genug unter den Corona-Maßnahmen gelitten. Lange genug mussten sie auf alles, was Jugend ausmacht, verzichten. Kinder- und Jugendpsychiatrer schlagen Alarm. Die Verfehlungen der Staatsregierung waren wirklich schlimm genug. Was ich aber nicht verzeihen kann, das ist, dass Sie aus Ihren Fehlern der letzten eineinhalb Jahre nichts gelernt haben.

(Beifall bei der FDP)

Der neue Freizeit-Lockdown ist Gift für die Jugend, auch Gift für die Gesellschaft. Die Vereine haben keine Planungssicherheit. Bitte kommen Sie zur Vernunft. Ändern Sie Ihre Meinung, stimmen Sie unserem Antrag zu!

Was wir nicht wollen, das ist, was die AfD hier vorschlägt, nämlich überhaupt nicht zu testen. Die Situation ist nun einmal so, wie sie jetzt ist. Wir sind selbstverständlich für Tests, wir sind für 3G. Ihr Antrag geht wieder einmal absolut in die Richtung von Corona-Leugnern, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei der AfD)

Dem Antrag der SPD stimmen wir zu. Beim Antrag der GRÜNEN werden wir uns enthalten, weil wir uns für eine 3G-Regel für junge Menschen in der Freizeit aussprechen, bei der diejenigen, die nicht mehr zur Schule gehen, nicht ausgeschlossen sind.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Doris Rauscher. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch im zweiten Pandemie-Jahr gilt in Bayern leider: Kinder und Jugendliche sind die Hauptleidtragenden der Corona-Politik dieser Staatsregierung. Sie sind diejenigen, die sich solidarisch verhalten und sich solidarisch verhalten haben, die lange zurückgesteckt haben. Sie sind diejenigen, vor allem an ihrer Lebenszeit gemessen, die in ihrem Alltag und in ihrem Aufwachsen die massivsten Einschnitte erlebt haben. Sie kämpfen nun verstärkt mit psychischen Problemen, und für sie ist der Alltag wirklich schwer. Sie wurden viel zu wenig wahrgenommen. Genau das haben wir in dieser Woche wieder erlebt. Sie sollen trotz engmaschiger Testung und Hygienekonzepten nicht ins Kino, nicht ins Museum, nicht mit ihren Freunden auf dem Fußballplatz stehen und nur aus der Ferne die Daumen drücken. Sie sollen nur am Rand stehen und aus der Ferne die Daumen drücken. Darüber können auch die kleinen Nachbesserungen des Kabinetts vom Dienstag nicht hinwegtäuschen. Anstatt dafür zu sorgen, dass Kinder und Jugendliche umfassend ihre Kinderrechte wahrnehmen können, Kolleginnen und Kollegen, weil sie diese schlichtweg für ihre Entwicklung brauchen, läuft es in Bayern jetzt nach dem Motto: Wer nicht spurt und sich nicht impfen lässt, hat Pech gehabt. Kolleginnen und Kollegen, das kann so nicht gehen.

(Beifall bei der SPD)

So kann das nicht gehen, nicht in dieser Altersgruppe. Für uns Sozialdemokraten ist ganz klar: Die Entwicklungsrechte für Kinder und Jugendliche müssen umfassend ge-

sichert werden, mit klaren Hygienemaßnahmen und Schutzkonzepten – ja! Die Impfung darf bei dieser besonderen Gruppe aber nicht die Voraussetzung für soziale Teilhabe sein.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wollen wir die Rückkehr zur 3G-Regel für Schülerinnen und Schüler und junge Menschen bis 18 Jahre. Kaum eine Gruppe ist so regelmäßig getestet wie sie. Das sagen nicht nur wir; das sagen auch die STIKO und die Leopoldina, Institutionen, auf die die Staatsregierung hören sollte, und zwar auch dann, wenn deren Meinung ihr vielleicht mal nicht ins Konzept passt.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne als Gegenbeispiele nur ein paar Länder, die auch von hohen Infektionszahlen betroffen sind: Sachsen, Baden-Württemberg und Hessen schließen die Unter-18-Jährigen nicht aus, bzw. sie schließen sie nicht in die 2G-Regelung ein.

Ich möchte betonen, dass wir als SPD-Fraktion das Impfangebot für Kinder und Jugendliche durchaus unterstützen. Wir von der SPD waren mit der Kollegin Ruth Waldmann im Gesundheitsausschuss die Ersten, die Aufklärungskampagnen und Impfangebote an den Schulen gefordert haben. Es ist aber nicht in Ordnung, die verfehlte Impfkampagne bei den Erwachsenen mit einem Impfdruck auf die Jugendlichen ausgleichen zu wollen.

(Beifall bei der SPD)

Viel wichtiger wäre es doch, die Impfquote bei den Erwachsenen zu erhöhen. Anders als Kinder und Jugendliche sind sie es, die das Gesundheitssystem sehr stark strapazieren.

Liebe Staatsregierung, verstärken Sie doch endlich Ihr Engagement bei der Impfung der Erwachsenen; denn dabei ist Bayern leider nur im schlechten Mittelfeld.

(Beifall bei der SPD)

Dem Antrag der FDP und dem Antrag der GRÜNEN stimmen wir zu. Die Intention ist absolut die gleiche. Den Antrag der AfD-Fraktion lehnen wir schon aufgrund des dritten Spiegelstrichs ab.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, danke schön. – Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Mütter und Väter in Bayern! Merken Sie von den Regierungsparteien nicht, was Sie den Kindern und Jugendlichen in Bayern alles zumuten? Merken Sie nicht, dass ein Ausschluss vom Kinobesuch, vom Fußballspiel oder von der Musikgruppe außer weiteren enormen psychischen Belastungen für unseren Nachwuchs nichts bewirkt? Merken Sie schon gar nicht mehr, wie sehr Sie mit Ihrer 2G-, 3G- und 3G-plus-Regelungswut und ähnlichen neu geschaffenen Spalterbegriffen unsere Gesellschaft und ihren Zusammenhalt gefährden?

Nicht die Kinder sind die Infektionstreiber. Das belegen Zahlen, die die "Passauer Neue Presse" ermittelt hat. Eine Stichtagsabfrage zum 22. September 2021 an den weiterführenden Schulen in Bayern ergab, dass von insgesamt 638.852 gemeldeten Selbsttests an diesem Tag nur 189 positiv waren. Das sind lediglich 0,03 %.

Früher sorgten sich die Eltern, dass ihr heranwachsendes Kind nicht irgendwann einmal auf die schiefe Bahn gerät. Und heute? – Heute nötigt ein Familienvater in der Rolle – ich spreche jetzt bewusst von der "Rolle" – eines Schauspielers als Ministerpräsident in Bayern Abertausende Jugendliche und Kinder dazu, sich einen Impfstoff

spritzen zu lassen, der für nahezu keinen von ihnen einen Nutzen, aber ungeahnte Nebenwirkungen haben kann.

Auch die STIKO stellte eindeutig klar, dass eine Impfung der 12- bis 17-Jährigen niemals eine Voraussetzung für soziale Teilhabe werden darf. Gegen die Empfehlungen der STIKO handelt Ministerpräsident Söder zum wiederholten Male zum Schaden unserer Kinder. Diese Kinderfeindlichkeit ist eines Bayerischen Ministerpräsidenten unwürdig.

(Beifall bei der AfD)

Wir von der AfD wollen Kinder, die wieder lachend über den Schulhof tollern und nicht mit Stäbchen in der Nase bohren oder auf Lollies herumkauen, die gar keine Süßigkeit sind. Wir von der AfD gehen deshalb noch weit über die Forderungen des Antrags der FDP hinaus, der aber immerhin einige vernünftige Elemente enthält.

Mich erreichen täglich unzählige Hilferufe von besorgten Eltern und Kindern. Geben Sie den Eltern und Familien ihr Erziehungsrecht wieder zurück! Lassen Sie die Erziehungsberechtigten ihre Kinder selbst zu Hause testen! Hören Sie auf, unsere bayerischen Bürger zu entmündigen! Eines ist sicher: Eines Tages werden die heute geknechteten Kinder und Jugendlichen wahlberechtigte Staatsbürger sein. Sie werden dann zu Recht fragen: Wer hat uns unsere Jugend und Kindheit geraubt?

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Maximilian Deisenhofer für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Maximilian Deisenhofer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Kinder und Jugendliche zuerst!" war von Anfang der Pandemie an das Mantra von uns GRÜNEN. "Kinder und Jugendliche zuerst!" haben wir auch von Regierungsseite gehört. Vielleicht nicht ganz von Anfang an, aber dann doch später.

Kinder und Jugendliche zuerst! In Sonntagsreden sagen es eigentlich alle Parteien. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bringt aber nichts, wenn man nicht so handelt, wie man es sagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einen aktuellen Beweis liefert der vergangene Montag. Was ist passiert? – Die Krankenhausampel springt auf Rot, und das Chaos bricht aus. Daran sieht man zum einen, dass das Konzept von Anfang an schlecht gemacht war, weil trotz mehrmaliger Nachfragen hier im Hohen Haus eigentlich den ganzen Sommer lang nicht bekannt war, was passiert, wenn die Ampel auf Rot springt. Das hat auch gezeigt, dass die Regierung keine Ahnung hatte, was im Ehrenamt an diesem Montag los war. Übungsleiterinnen und Übungsleiter wussten nicht, ob am nächsten Tag das Training noch stattfinden kann, ob die Musikprobe noch stattfinden kann oder ob die Kinder und Jugendlichen für den Rest des Winters wieder in den Lockdown geschickt werden müssen.

Die Lösung, die Sie dann am Dienstag in der Kabinettsitzung präsentiert haben, ist nur eine teilweise und kurzfristige Lösung. Abgesehen von der STIKO-Empfehlung, die gar keine Koppelung von Impfung und Freizeitangeboten empfiehlt – das wurde eben schon erwähnt –, ist auch die Frist bis zum 1. Januar viel zu kurz. Die Staatsregierung hat am Dienstag das Riesenproblem nur vertagt; sie hat es aber sicherlich nicht gelöst. Auch für Jugendliche um den zwölften Geburtstag herum gibt es keine Lösung in Form von Übergangsfristen oder Ähnlichem. Ich bitte dringend darum, das noch zu beachten, damit es auch hier eine pragmatische Lösung gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kinder und Jugendliche haben bisher ganz besonders unter dieser Pandemie gelitten. Die psychosozialen Folgen sind verheerend. Ich frage mich manchmal, ob die Regierung überhaupt weiß, was im Moment in Jugendpsychiatrien los ist, wie lang die Wartelisten sind und was die Jugendlichen jetzt schon alles durchgemacht haben. Während zum Beispiel in der Gastronomie weiter die 3G-

Regel gilt – ich habe gehört, in München soll sich das ändern, auch dort, wo geimpfte Politikerinnen und Politiker heute Abend noch ihr Bier genießen können –, werden viele Freizeitangebote für Jugendliche wieder eingeschränkt.

Unser Vorschlag lautet deswegen: kurzfristig mit PCR-Pool-Tests nicht nur für jüngere, sondern für alle Schülerinnen und Schüler mehr Sicherheit an den Schulen schaffen. Damit können wir bei gleicher Taktung der Tests auch den Freizeitbereich sicherer machen.

Ja, wir brauchen auch beim Impfen eine bessere Quote, und zwar in allen Altersgruppen. Das fehlt uns im FDP-Antrag, weshalb wir uns bei der Abstimmung über diesen Antrag enthalten werden. Die Kollegin Sandt hat es angesprochen: Für Schülerinnen und Schüler bzw. für Jugendliche, die nicht in der Schule getestet werden, fordern wir sowieso schon kostenlose Tests. Wir wollen sie keinesfalls ausschließen, aber sie müssen dann noch einmal extra zum Test gehen, bevor sie ins Training gehen. Aus unserer Sicht ist das kein Problem. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag.

Insgesamt stellt sich für uns schon die Frage, warum wir hier in Bayern auch beim Thema Impfen für Jugendliche immer nur mit Druck und nie auch mal mit Anreizen arbeiten. Die Staatsregierung hat verschiedenste Gutscheinaktionen auf den Weg gebracht. Diese sind teils löblich, teils bringen sie nichts. Ich denke dabei etwa an die Gutscheine für Schwimmkurse, zu denen die Eltern uns zurückmelden, dass es im nächsten Jahr überhaupt keinen Platz gibt.

Warum gibt es denn nicht einmal Gutscheinanreize fürs Impfen? Zum Beispiel mit Kinobetreibern könnte man zusammenarbeiten. Dann gäbe es zur Impfung noch den neuen "James Bond"-Film dazu. Vielleicht läuft ja auch irgendwo der neue "Top Gun-Film". Dann lernen unsere Schülerinnen und Schüler auch mal den echten Tom Cruise kennen und nicht nur das billige Plagiat aus der Staatskanzlei, das zu Anfang der Woche auf den Social-Media-Kanälen zu sehen war.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun mal im Ernst: Ja, wir wollen 2G für Erwachsene dort ausweiten, wo es rechtlich möglich ist. Aber bei Jugendlichen muss man deutlich sensibler vorgehen und kann nicht kurzfristig die 2G-Keule auspacken. Für uns gilt: Starke, erwachsene Schultern können mehr tragen als Kinderschultern. Nach diesem Motto muss jetzt endlich auch mal gehandelt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Thomas Huber für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thomas Huber (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben volles Verständnis für die Sicht der Jugend, die, wie schon von fast allen Vorrednern gesagt wurde, unter der Pandemie ganz besonders zu leiden hatte. Aber im Gegensatz zu heute war es vor einem Jahr noch so, dass unsere Kinder und Jugendlichen nicht zur Schule, zum Sport oder am Nachmittag zum Musizieren gehen konnten, weil sie zu Hause bleiben mussten.

Liebe Antragsteller aller Parteien, ich habe nicht den Eindruck, dass Sie über den Ernst der Lage, die aktuelle Situation in Deutschland und Bayern so richtig im Bilde sind und diese auch realistisch einschätzen. Ich bringe Sie mal kurz auf den neuesten Stand: Die Zahl der dem RKI heute gemeldeten neuen Corona-Fälle liegt aktuell bei über 50.000. Das ist der höchste Tageswert seit Pandemiebeginn. Wir haben den Rekord vom Vortag, von gestern, mit 39.000 weit übertroffen. Wir haben ein Plus von 48 % im Vorwochenvergleich. Bayernweit liegt die Inzidenz nun bei 427. Gestern waren im landesweiten Durchschnitt knapp 91 % der Intensivbetten belegt. In 21 Kliniken in Bayern gibt es bereits kein freies Intensivbett mehr. In ganz Bayern waren gestern 653 COVID-Patienten in Intensivbehandlung – deswegen hat die Ampel bei über 600 auf Rot geschaltet –, gut 130 mehr als vor einer Woche und rund doppelt so

viele wie noch vor drei Wochen. Patienten müssen bereits auf ganz Bayern verlegt werden, im Übrigen transportiert durch den Rettungsdienst, der damit oft mehrere Stunden gebunden ist und im Notfall nicht für andere Einsätze zur Verfügung stehen kann. Operationen werden verschoben, oft mit fatalen Folgen für die betroffenen Menschen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, was das bedeuten würde. – Unser Ministerpräsident hat gestern richtigerweise ab heute wieder den Katastrophenfall ausgerufen, auch um Krankenhauskapazitäten besser steuern und Patienten leichter verlegen zu können.

Liebe FDP, noch am Montag glänzt euer Generalsekretär Volker Wissing mit der Aussage – ich zitiere –: "Unser Gesundheitssystem ist stabil, die Gesundheitsversorgung der Bürger gesichert, die ‚epidemische Notlage von nationaler Tragweite‘ kann aufgehoben werden." – Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, wie fernab der Realität kann so eine Einschätzung sein? – Mir wird echt angst und bange bei dem Gedanken, dass diese Unbekümmertheit in Berlin Einzug hält. So werden wir dieser Pandemie nicht Herr werden!

(Beifall bei der CSU)

Aber nach dem, was wir alle mitbekommen, wollen sich die Ampelkoalitionäre nur widerwillig mit dem Thema auseinandersetzen, weil in der Ampel wahrscheinlich irgendwie die Meinung vorherrscht, dass das Virus auf den Abschluss der Koalitionsverhandlungen wartet. Endlich haben wir heute

(Zuruf)

auf Druck das erste Mal vom zukünftigen Kanzler erfahren, was er denn vorhat. Selbst er hat heute im Deutschen Bundestag sinngemäß gesagt:

Ich halte es für einen guten Fortschritt, dass das

– bezogen auf 2G, vorher hat er über 2G in Bezug auf die Länder gesprochen –

überall gemacht wird. Die Möglichkeiten dafür schaffen wir jetzt.

(Zuruf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben doch gelernt: Die Lage ist sehr ernst, und sie wird – auch für unsere Kinder und Jugendlichen – grausam werden, wenn wir jetzt nicht konsequent handeln. Liebe Antragsteller, es ist doch Tatsache, dass es für die 12- bis 17-Jährigen bereits seit August eine allgemeine Impfempfehlung seitens der Ständigen Impfkommission gibt. Alle Jugendlichen in dieser Altersgruppe können sich impfen lassen. Die STIKO ist der Ansicht, dass die Vorteile der Impfung das Risiko von sehr seltenen Nebenwirkungen deutlich überwiegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch erfreulich, dass bereits 45 % in dieser Altersgruppe der Empfehlung gefolgt sind und sich mindestens einmal, 41 % sogar zweimal haben impfen lassen. Die übrigen 55 % möchte ich hier ausdrücklich ermuntern, ebenfalls ein Impfangebot wahrzunehmen, und ich möchte auch die Eltern dazu ermutigen, dass sie als Erziehungsberechtigte das im Sinne ihrer Kinder unterstützen. Ich bekomme es selbst mit: Bei den Jugendlichen gibt es eine hohe Bereitschaft dazu. Impfen ist auf alle Fälle sicherer, als sich auf Corona-Partys anzustecken, um schnell eine Immunisierung zu erreichen. Die Eltern sollten zum Impfen motivieren und es unterstützen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir alle können und jeder Einzelne kann dazu beitragen, dass wir diese Pandemie endlich überwinden.

Ja, vielleicht benötigen wir an der einen oder anderen Stelle noch Anreize und auch Vorbilder. Aber, liebe Antragsteller, die Jugend soll nicht von der sozialen Teilhabe ausgeschlossen werden. Nur müssen eben aufgrund der derzeitigen astronomisch hohen Zahlen – liebe AfD, übrigens auch bei den Jugendlichen mit einem Inzidenzwert von über 500 – und unserer roten Krankenhausampel vorübergehend Maßnahmen für alle ergriffen werden, die insbesondere die noch Ungeimpften treffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte da um Verständnis: Die Schüler über 12 Jahren, die noch nicht geimpft sind, können leider nicht von allen Maßnahmen zur Be-

kämpfung der Pandemie ausgenommen werden, weil auch sie leider Teil der Pandemie sind. Nicht geimpfte Schülerinnen und Schüler können zur Verbreitung der Pandemie ebenso wie nicht geimpfte Erwachsene beitragen. Wir können schlicht nicht wie der Herr Wissing weiter so tun, als wäre alles gut oder als wäre die Pandemie per Koalitionsbeschluss mit einem "Freedom Day" am 20.03.2022 beendet. – Das war jetzt absichtlich etwas überspitzt, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Dass die Staatsregierung am Dienstag Ausnahmen von 2G für Jugendliche für sportliche, musische und kulturelle Aktivitäten beschlossen hat, ist meines Erachtens ein guter Kompromiss und war aus meiner Sicht auch ein wichtiges Signal für die Jugend. Selbstverständlich können sich die Jugendlichen am Nachmittag mit Freunden treffen. Es gibt doch kein Kontaktverbot! Ich bin mir auch sicher, dass es eine pragmatische Lösung für den Übergang geben wird, der vorher angesprochen wurde. Die Übergangsfrist bis zum Jahresende ist aktuell auch ausreichend und eröffnet die Möglichkeit, sich bis dahin noch impfen zu lassen. Liebe Kollegen, Ihr Argument, dass jemand, der sich jetzt impfen lässt, gegebenenfalls zu Jahresbeginn nicht vollständig geimpft ist, stimmt so nicht. Wer sich jetzt impfen lässt, kann schon nach drei Wochen die zweite Impfung bekommen und gilt folglich in fünf Wochen als vollständig geimpft. Und wirklich auf einen Impftermin warten muss derzeit auch niemand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen abschließend nur noch einmal raten und darum bitten: Schauen Sie sich die aktuelle Situation an! Sehen Sie der Realität ins Auge! Machen Sie hier im Bayerischen Landtag bitte keine Panik, während in Berlin bislang eher das Gegenteil zu spüren war! Überzeugen Sie, motivieren Sie zum Impfen! Es ist der einzige Weg aus dieser Pandemie. Damit wäre insbesondere auch unserem ohnehin schon überbelasteten Pflegepersonal am meisten geholfen, dem ich hier noch einmal ausdrücklich für die Arbeit und den grenzenlosen Einsatz für die erkrankten Menschen danken möchte. Sie hätten es echt verdient, mehr zu verdienen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Es liegen drei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Für die erste erteile ich dem fraktionslosen Abgeordneten Markus Plenk das Wort.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Huber, vorab eine Information, bevor Sie auf die Idee kämen, mich hier zu diffamieren. Ich stehe nicht hier oben, weil ich die 3G-Auflage nicht erfüllen könnte – also eine der sieben möglichen Kombinationsmöglichkeiten trifft auch auf mich zu –, sondern ich mache es in gewisser Weise aus Protest. Wenn, dann werden alle getestet, also Geimpfte, Genesene und Ungeimpfte, weil es eben nicht so ist, wie Herr Söder behauptet, dass wir eine Pandemie der Ungeimpften hätten.

Was Sie hier ausgeführt haben, Herr Huber, kommt einem Offenbarungseid gleich. Wie erklären Sie sich dieses Desaster, das wir aktuell erleben, wo Sie doch von Anfang an angeblich alles im Blick hatten und ein exzellentes Krisenmanagement durchgeführt haben? – Ich sage Ihnen eines: Mit Lügen und der Verbreitung von Fake News, dass wir eine Pandemie der Ungeimpften hätten, kommen wir aktuell nicht weiter. Wie schätzen Sie die Lage ein? Was wollen Sie in Zukunft tun, um dieses desastriöse Krisenmanagement nicht weiterzuführen?

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege.

Thomas Huber (CSU): Herr Kollege, ich bin weit davon entfernt, irgendjemanden aus dem Kollegenkreis zu diffamieren, sondern wenn wir sprechen, dann tauschen wir uns sachlich aus. Das erbitte ich mir auch im Umgang von Ihnen mit mir oder mit uns. – Sie kennen die Lage genauso wie wir. Sie schätzen sie nur anders ein als wir. Wie aber die Situation morgen, übermorgen, nächste Woche oder möglicherweise am 24. November ist, wenn die jetzt gültige Infektionsschutzmaßnahmenverordnung abläuft, das weiß niemand. Wir sind nicht Gott, und wir spielen auch nicht Gott, sondern wir versuchen, Herr der Lage zu werden. Wir machen deshalb im Rahmen unserer

Möglichkeiten, was wir aktuell, zum jeweiligen Zeitpunkt für den richtigen Schritt halten. Deswegen wurden die Entscheidungen auch so getroffen.

(Beifall bei der CSU)

Alle Redner hier und damit auch die Redner meiner Partei haben immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass das Krisenmanagement auf Bundesebene nicht das Allerbeste war. Es herrscht aber eine Pandemie, und eine Pandemie ist nicht planbar; da kommen Entwicklungen, die nicht vorhersehbar sind. Hätten Sie sich vor vier Wochen gedacht, dass wir heute 50.000 Fälle haben?

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Die Redezeit ist abgelaufen.

Thomas Huber (CSU): Ich habe das nicht gedacht, und Sie wahrscheinlich auch nicht. Sie haben sowieso nicht daran gedacht, denn Sie haben bis dato nicht einmal geglaubt, dass eine Pandemie herrscht.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Sie bekommen noch die Gelegenheit zu weiteren Äußerungen aufgrund der Zwischenbemerkung des Abgeordneten Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion. – Bitte schön.

Matthias Fischbach (FDP): Werter Herr Kollege Huber! Sie haben ausgeführt, dass die Lage ernst ist. Diesbezüglich möchte ich Ihnen ausdrücklich recht geben. Begründet haben Sie Ihre Ausführungen vor allem mit dem Hinweis auf die Lage auf den Intensivstationen. Im Hinblick auf diesen Antrag zum Thema "Kinder und Jugendliche" möchte ich Ihnen da entschieden widersprechen; denn die Intensivstationen für Kinder und Jugendliche sind aktuell sicherlich nicht wegen Corona voll, sondern im Wesentlichen wegen RSV und anderen Infektionskrankheiten. Den Zahlen des DIVI-Intensivregisters zufolge liegen aktuell zwölf Kinder und 2.816 Erwachsene wegen Corona auf den Intensivstationen. Das heißt, dass auf 235 Patienten ein Kind, ein Jugendlicher kommt.

Wir möchten deshalb deutlich machen: Das ist die Themaverfehlung. Wir hätten in Bayern bei den Booster-Impfungen wesentlich weiter als andere Bundesländer sein müssen, aber wir sind hier das Schlusslicht. Wir hätten auch schon bei der generellen Impfquote wesentlich weiter sein müssen. Da haben wir aber auch ein Problem; den Zusammenhang sieht man hier relativ deutlich. Des Weiteren haben wir die kostenlosen Tests abgeschafft bzw. wurde das explizit durch die Staatsregierung vorangetrieben. Aktuell wird das von allen Seiten der Wissenschaft, angefangen bei Prof. Keppler bis hin zu Prof. Drosten, sehr scharf kritisiert. Unser Punkt ist deswegen, dass Sie an den falschen Stellen ansetzen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Redezeit ist zu Ende.

Matthias Fischbach (FDP): Sie setzen bei den Kindern an, obwohl Sie bei der Gesellschaft ansetzen müssten.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Huber, bitte.

Thomas Huber (CSU): Herr Kollege Fischbach, ich glaube, wir sind uns einig, dass es angesichts der aktuellen Entwicklung sinnvoll ist, die kostenlosen Tests wieder einzuführen. Diesbezüglich hat unser geschäftsführender Gesundheitsminister Spahn in dieser Woche bereits die entsprechenden Äußerungen getätigt.

Was die Inzidenzen bzw. die Situation der Kinder anbelangt, habe ich gerade das Beispiel mit den Inzidenzwerten der Kinder und Jugendlichen gebracht, das beweist, dass die Kinder und Jugendlichen leider auch zur Verbreitung des Virus beitragen. Ich weiß, dass nicht Sie, sondern eher die Kollegen von der AfD solche Behauptungen aufstellen. Allerdings, Herr Kollege, wurden seit Beginn der Pandemie bei Kindern fast genauso viele Infektionen pro 100.000 Einwohnern wie bei den höheren Altersgruppen festgestellt, wobei schwere Verläufe und langfristige Schäden bei ihnen Gott sei Dank viel seltener sind. Kinder sind bisher also nur selten von schweren Infektionsverläufen betroffen. Dennoch gab es aber auch bei den Jüngeren Todesfälle.

Ich habe mir die Statistik gerade noch einmal angesehen: Laut RKI starben seit Beginn der Pandemie in der Gesamtheit 25 Kinder und Jugendliche infolge von Corona, und gemäß der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie und der Deutschen Gesellschaft für Krankenhaushygiene benötigen 5 % aller im Krankenhaus behandelten Kinder, die mit SARS-CoV-2 infiziert sind, eine Intensivtherapie. Diese Zahlen sollten sich alle zu Gemüte führen und nicht außer Acht lassen, was dieses Virus auch in Zukunft anrichten kann.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank. Die dritte Zwischenbemerkung kommt von Herrn Arif Taşdelen von der SPD-Fraktion.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Kollege Huber, weil Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen die künftige Bundesregierung immer in Geiselnahme nehmen: Die neue Bundesregierung ist noch nicht im Amt, und Olaf Scholz weiß, dass er noch nicht Bundeskanzler ist. Aus Respekt vor diesem Amt spielt er sich im Gegensatz zum Bayerischen Ministerpräsidenten auch nicht als Bundeskanzler auf, der sich jetzt,

(Zuruf)

nachdem das abgefrühstückt ist, als Möchtegern-Top-Gun in der schwersten Krise probiert. Wir haben in Bayern die höchsten Inzidenzzahlen, allerdings habe ich den Herrn Ministerpräsidenten in dieser schwersten Krise in Bayern schon lange nicht mehr in diesem Plenarsaal gesehen. Vielleicht wäre es einmal eine Idee, dieses Parlament ernst zu nehmen und regelmäßig an den Sitzungen des Bayerischen Landtags teilzunehmen.

Sie differenzieren überhaupt nicht, sondern Sie reden von Schülerinnen und Schülern, obgleich junge Menschen nicht nur Schülerinnen und Schüler sind. Kollege Fischbach hat Zahlen genannt, und meine Frage lautet deshalb: Wissen Sie, wie viele junge Menschen in diesem Bundesland unter psychosozialen Problemen leiden?

Thomas Huber (CSU): Herr Kollege, ich habe vor dem Amt des Bundeskanzlers und damit sowohl vor der geschäftsführenden Bundeskanzlerin als auch vor dem künftigen Bundeskanzler höchsten Respekt; das gebietet mir bereits mein demokratischer Anstand.

Lieber Kollege Taşdelen, auch wenn Olaf Scholz noch nicht im Amt ist, kann man gerade in Pandemiezeiten schon erwarten, dass unsere Bürgerinnen und Bürger erfahren, wie eine neue Regierung sie in so einer schwierigen Situation, die – ich glaube, darüber sind wir uns einig – die größte Herausforderung nach dem Zweiten Weltkrieg ist, schützen will.

(Beifall bei der CSU)

Selbst "DER SPIEGEL" kritisierte die passive Haltung bzw. das passive Verhalten, das letztendlich dazu geführt hat, dass sich der Bundeskanzler in spe Scholz heute im Deutschen Bundestag erstmals erklärt hat. Ich glaube, dass man von einem künftigen Bundeskanzler auch das erwarten kann, was "DER SPIEGEL" schreibt: Ein zukünftiger Kanzler kann die Krise nicht aussitzen; er muss etwas dagegen unternehmen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Huber, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Thomas Huber (CSU): Nun zu Ihrer Frage: Natürlich ist mir die kritische Situation hinsichtlich der psychischen Erkrankungen nicht fremd, denn wir beschäftigen uns im Sozialausschuss immer wieder und gerade seit Beginn der Pandemie laufend damit. Mich beängstigt diese Situation ebenfalls und sie bereitet auch mir große Sorgen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön, Herr Kollege Huber. – Die nächste Rednerin ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Frau Kollegin Gabi Schmidt.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich lebe in einer Fünf-Generationen-Familie, und meine Enkelin ist zwei Jahre alt. Wenn meine Enkelin das Haus verlässt, hält sie sich die Arme vor die Augen; sie kann keinem Menschen ins Gesicht schauen, weil sie ihre Kindheit in dieser Corona-Pandemie hatte. Das ist grauenhaft.

Abgesehen von einer Fraktion, die sich sogar über die Tests lustig macht, spreche ich niemandem ab, die beste Lösung für unsere Kinder und Jugendlichen zu suchen.

(Zuruf)

– Einen Test zum Lutschen

(Weitere Zurufe)

können wir alle anwenden, und das können die Kinder auch.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe)

Herr Präsident, könnten Sie bitte – –

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Schmidt hat das Wort.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Danke schön. – Es ist gut, dass die Kinder getestet werden und sie wieder in die Schule können. Es ist auch gut, dass Kinder diese Infektion nicht weiter in die Familie tragen, gerade dann, wenn mehrere Generationen und ältere Menschen in einem Haushalt leben.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass diese Selbsttests und der Testpass aus der Schule nun seit dem Ende der Pfingstferien auch in den Vereinen gelten. Wir haben auch eine großartige Impfquote, und dafür gebührt den Jugendlichen Dank. Die Impfquote liegt bei den 12- bis 17-Jährigen bei 40 %. Das ist das am kleinsten gemessene Cluster; die anderen Cluster, die angezeigt werden, erstrecken sich über einen viel größeren Lebensbereich. Die Jugendlichen haben das gut gemacht, und es sind eher

die Eltern, die ihren Kindern, die sich impfen lassen wollen, weil sie in die Schule gehen und Teilhabe wollen, die Impfung verweigern.

Ich habe jetzt manche Jugendlichen dahingehend beraten,

(Zuruf)

sich an das Jugendamt zu wenden, wenn sie geimpft werden wollen, um eine Teilhabe zu haben. Wenn eine Impfung medizinisch möglich ist, dann ist es ein schändliches Handeln der Eltern und nichts anderes, das zu verweigern.

(Zurufe)

– Es geht um die Teilhabe unserer Jugendlichen, und – –

(Unruhe)

– Dann gehen wir doch in eine ganz andere Richtung. Ich wollte jetzt zu den Anträgen sprechen. Wer hat denn das verursacht? Warum haben wir jetzt überall die Delta-Variante? – Wegen Leuten, die Corona verleugnen,

(Zurufe)

und diese Delta-Variante, die wir jetzt – –

(Anhaltende Unruhe)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Kolleginnen und Kollegen, wir sind nicht im Fußballstadion! Zwischenrufe ja, aber ein permanentes Niederbrüllen der Kollegin hier vorne geht nicht. – Frau Schmidt, Sie haben das Wort.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Danke schön. – Entschuldigung, ich bin jetzt ganz aus dem Konzept. Mich schockiert das immer wieder. Manchmal denke ich, ich bin ein robustes Madel, aber es ist einfach schockierend.

Wir werden alles tun und weiterhin dafür kämpfen, dass unsere Kinder teilhaben können. Ich habe größten Respekt davor, dass unsere Kinder und Jugendlichen uns schützen, die wir die Gefährdeten sind. – Schimpfen müssen sie uns auch.

Ich bitte um eines: Gott schütze uns davor, dass dieses Virus weiter mutiert und Kinder irgendwann stärker betrifft! Ich denke an die Zahl der Fälle auf Intensivstationen. Ich erinnere an die Kinderlähmung nach dem Krieg, als Kinder in diesem Land ohne Impfungen, ohne Vorsorge, ohne Medikamente und ohne Beatmungsgeräte jämmerlich gestorben sind. Gott schütze uns davor, dass das Virus mutiert! Gott Sorge dafür, dass wir uns weiter impfen lassen und dass unsere Kinder ihr Leben wieder zurückbekommen. Vielen Dank! Wir werden das dafür Notwendige tun. Dafür kämpfen wir auch. – Danke schön.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte bleiben Sie noch am Mikrofon. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Winhart, AfD-Fraktion.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Abgeordnete Schmidt, Sie haben gerade gesagt, wenn Kinder die Impfung wünschen, die Eltern dies aber verweigern, solle man die Eltern beim Jugendamt hinhängen. Was halten Sie von der These, das Thema andersherum anzugehen? Wenn es keine Impfempfehlung für beispielsweise Sechsjährige oder Siebenjährige gibt, ein wenig impfhysterische Eltern diese Kinder aber dennoch impfen lassen wollen, sollen dann diese Eltern genauso hingehängt werden? Würden Sie das auch unterstützen, wenn also die Eltern im Gegensatz zu den empfohlenen Vorgehensweisen anders handeln?

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Erstens werden bei uns Kinder in diesem Alter noch nicht geimpft. Sie sind da auf dem Holzweg.

Zweitens habe ich gedacht, ich finde Sie irgendwo da oben. Ich habe Sie jetzt aber gar nicht gesehen.

Drittens. Wenn sich Kinder im Alter von zwölf bis siebzehn Jahren impfen lassen wollen, die Eltern dies aber verweigern und keine medizinischen Gründe gegen die Impfung sprechen, dann haben die Kinder das Recht, sich helfen und beraten zu lassen. Ich hätte das auch für Sie getan, Herr Winhart, wenn Ihre Partei Ihnen das weiterhin verweigert hätte. Dieses Recht hat jeder Mensch. – Danke schön.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Schmidt. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann das Wort.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vierte Welle in dieser Pandemie, leider die vierte Welle, hat Bayern mit voller Wucht erreicht. Kollege Huber hatte zu den Zahlen ausgeführt. Die 7-Tage-Inzidenz liegt heute landesweit bei 427,4. Das ist in der Tat der bisher höchste Wert während der gesamten Pandemie. Deshalb und darüber hinaus hat Bayern seit dem 8. November die Stufe Rot unserer Krankenhausampel erreicht. Aus diesem Grund und aufgrund der tatsächlichen Belastung, zum Teil Überlastung der Kreiskrankenhäuser und anderer Kliniken wurde gestern mit Wirkung zum heutigen Tag erneut der Katastrophenfall festgestellt. Wir machen das nicht gerne, müssen dies aber machen, weil wir zur Seuchenbekämpfung und zur Gefahrenabwehr die Maßnahmen ergreifen müssen, die schlichtweg notwendig sind, um die prekäre Situation in den Kliniken in den Griff zu bekommen. Dafür bietet der Katastrophenfall das richtige Handwerkszeug und Instrumentarium. Darum war dieser Schritt absolut notwendig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ziel ist nach wie vor logisch und völlig klar, nämlich Leben und Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Natürlich hat sich die Pandemie und somit auch deren Bekämpfung weiterentwickelt. Der Weg ist jetzt, weitere, nochmals schärfere Maßnahmen zu vermeiden und trotzdem einen Rückgang beim Infektionsgeschehen zu erreichen, dabei die Lage der schwer er-

kranken Menschen zu berücksichtigen, die hospitalisiert werden müssen, vielleicht in Intensivstationen müssen, vielleicht sterben.

Der Weg, den wir jetzt beschreiten, heißt 2G, also geimpft bzw. genesen; denn wir wissen: Für Geimpfte ist das Risiko, sich selbst zu infizieren, eben deutlich geringer, um ein Vielfaches geringer als für Nichtgeimpfte. Wir wissen auch: Von Geimpften geht eine deutlich geringere Ansteckungsgefahr aus. Dies ist eben der Unterschied in der Seuchenbekämpfung im Vergleich zu vor einem Jahr. Damals gab es nämlich noch keinen Impfstoff, der zugelassen war und verabreicht wurde. Wir hatten daher nur die anderen Möglichkeiten, Stichwort: Lockdown, Stichwort: Kontaktbeschränkungen und all die Maßnahmen, die wir alle kennen.

Jetzt ist ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung – es sind aber eben noch zu wenige Menschen – geimpft. Deshalb muss man unterschiedlich reagieren. Man kann nicht mehr mit Lockdown und Ähnlichem reagieren, sondern man muss zielgerichtet reagieren. In der jetzigen Lage aufgrund des doch sehr massiven, sehr dynamischen Infektionsgeschehens bedeutet dies flächendeckend 2G als Grundregel. Das ist der klare Unterschied.

Entscheidend dabei ist, dass möglichst konsequent vorgegangen werden muss. Möglichst konsequent heißt: flächendeckend. Dies bedeutet, dass nicht viele Ausnahmen gemacht werden. Wenn Sie nämlich ständig an jeder Stelle eine Ausnahme von der 2G-Regel machen, haben Sie am Ende keine 2G-Regelung und somit infektiologisch das schwächere Mittel gewählt. Das ist natürlich nicht das Ziel, sondern das Ziel ist, infektiologisch und epidemiologisch ein möglichst gutes und gleichzeitig noch verhältnismäßiges und rechtmäßiges Mittel zu wählen. Deshalb zum jetzigen Zeitpunkt die Strategie 2G.

Dies gilt natürlich auch für über Zwölfjährige. Bei den Wirkungen, die das Virus bei den Menschen entfaltet, besteht hinsichtlich des jeweiligen betroffenen Wirtes biologisch kein Unterschied. Ob der Wirt 12, 13, 14, 60 oder 70 Jahre alt ist, macht keinen Unter-

schied. Deshalb kann man zunächst auch nicht differenzieren und pauschal sagen, dass sich der Zwölfjährige an gar nichts halten müsse. Das ist doch nicht sinnvoll und nicht logisch, jedenfalls aus der Perspektive der Infektiologie. Wir haben dies auch gesehen. Schülerinnen und Schüler sind einerseits auch Teil der Pandemie und können andererseits auch geimpft werden. Beides ist möglich.

Das Problem ist natürlich, dass Schülerinnen und Schüler auch Teil der Pandemie sind; das kann man schlecht wegdiskutieren. Wir haben relativ hohe Werte – der Kollege hat es bereits ausgeführt – der 7-Tage-Inzidenzen: In der Altersgruppe 10 bis 14 Jahre beträgt diese 335, in der Altersgruppe 14 bis 19 Jahre 250. Wir sprechen hier über die Kalenderwoche 43. Ich gehe davon aus, dass die Inzidenzen jetzt deutlich höher sind. Das heißt, wir haben ein Infektionsgeschehen. Fragen Sie doch die Lehrerinnen und Lehrer draußen in den Schulen, wie es aussieht, wie die Belastung ist!

Gott sei Dank wissen wir auch, dass Kinder und Jugendliche, wenn sie infiziert sind, nicht so stark erkranken. Dies ist auch zutreffend. Sie sind aber trotzdem infektiös. Es gibt eben die Eltern, die Großeltern, eventuell vulnerable Gruppen, Lehrkräfte in den Schulen, Betreuer in den Kindertagesstätten etc. All diese Leute sind möglicherweise genauso gefährdet. Das heißt, wir haben es mit einer Situation zu tun, in der man sehr vernünftig und sehr rational und nicht durch schon leicht hysterische Anträge versuchen muss, die Lage im Griff zu behalten und gegen sie ernsthaft vorzugehen.

Deshalb haben wir natürlich auch das Problem gesehen. Über Zwölfjährige werden jetzt in der Schule mehrfach getestet, und zwar sehr intensiv, die Jüngeren in der Grundschule, um die es hier überhaupt nicht geht, mit dem PCR-Pooling-Test – eine sehr gute Sache –; die anderen werden teilweise dreimal die Woche mit den einfachen Tests getestet. 1,64 Millionen Schülerinnen und Schüler werden in Bayern jede Woche mehrfach getestet. Das ist ein hohes Schutzniveau, aber es ist natürlich kein absolutes Äquivalent zum Impfen.

Gleichwohl haben wir uns jetzt die pragmatische Regelung überlegt, die zu einem hohen Anteil getesteten Schülerinnen und Schüler den geimpften Personen gleichzustellen. Infektiologisch ist dies vielleicht nicht einhundertprozentig konsequent, aber hinsichtlich der praktischen Auswirkungen jedenfalls vertretbar. Deshalb kann man nicht davon sprechen, dass Schülerinnen und Schüler vom sozialen Leben ausgeschlossen werden.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir die Schulen offenhalten, was letztes Jahr überhaupt nicht möglich war. Darüber hinaus bleibt der gesamte Freizeitbereich offen, also überall dort, wo sich Jugendliche sportlich betätigen oder kulturelle Aktivitäten ausüben, Theater oder Musik spielen wollen. Auch die außerschulischen Bildungsangebote stehen offen. Gleichzeitig muss man aber auch sehr deutlich machen, dass es nicht sinnvoll ist, die über Zwölfjährigen oder bis Achtzehnjährigen oder Schüler egal welchen Alters quasi ohne Einschränkungen alles so machen zu lassen, wie es möglich wäre, wenn sie geimpft wären, weil dadurch der infektiologische Aspekt zu weit zurücktreten würde.

Das, was wir machen, ist ein gangbarer und sehr vernünftiger Kompromiss und eine sehr vernünftige Abwägung der unterschiedlichen Interessen. Man muss es auch sagen: Ab dem zwölften Lebensjahr empfiehlt die Ständige Impfkommission die Impfung. Man kann sich also impfen lassen. Jeder kann jetzt starten; jeder kann jetzt anfangen, sich impfen zu lassen, dann ist die Person an Weihnachten vollständig geimpft und muss sich über diese Themen überhaupt keine Gedanken mehr machen. Ich sage es deshalb noch einmal, meine Kolleginnen und Kollegen: Der Weg aus dieser Pandemie ist das Impfen und nicht das Testen. Man kann Corona nicht wegtesten, sondern nur wegimpfen. Selbst wenn man sich sieben Mal in der Woche testet, ist man genau null Mal geimpft. Das muss man sich deutlich machen, und zwar in jedem Alter, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Nur das Impfen bringt Immunität. Nur so kann sich der eigene Körper wirksam gegen diese Erkrankung, wenn sie einen erwischt, wehren und gleichzeitig andere nicht anstecken. Beides macht das Testen natürlich nicht. Das Testen zeigt nur, ob man infektiös ist. Es schützt weder einen selber noch den anderen. Deshalb kann ich nur sagen: So viel wie möglich impfen und so wenig Ausnahmen wie möglich.

Das Motto der Anträge der FDP und der GRÜNEN, wie sie vorgetragen worden sind, lautet: Wasch mich, aber mach mich nicht nass. Das ist kein geeignetes Rezept zur Seuchenbekämpfung. Kolleginnen und Kollegen von der FDP, das haben Sie schon all die letzten Monate gemacht. Immer stellen Sie große Anträge, nach dem Motto: Tut etwas, aber macht ja nichts.

(Zurufe)

Abschließend möchte ich noch etwas sagen. Sie irrlichtern schon die ganze Zeit herum. Erst vor wenigen Tagen, am 08.11., hat Ihr Generalsekretär, Herr Kollege Wising, im "Handelsblatt" mitgeteilt, dass die epidemische Notlage nationaler Tragweite aufgegeben werden kann. Dazu will ich Folgendes sagen: Was ist die Situation, in der wir uns gerade befinden, anderes als eine epidemische Notlage von nationaler Tragweite?

(Beifall)

Das Infektionsgeschehen ist so intensiv wie noch nie. Es wirkt sich national aus, weil nicht nur einzelne Landkreise betroffen sind, sondern ganz Deutschland. Dieses meines Erachtens rein politisch motivierte Leugnen einer pandemischen Notlage von nationaler Tragweite mit juristischen Erklärungen, warum das doch alles anders ist, ist für mich nicht nachvollziehbar. Tatsache ist, es muss immer um die Fakten gehen. Von den Fakten müssen sich bei der Gefahrenabwehr in der Pandemie die Handlungen ableiten, nicht umgekehrt. Wir können nicht per Beschluss eine Lage für beendet erklären, die faktisch noch besteht. Das wäre wie bei einem Schneesturm, den Sie per

Beschluss für beendet erklären, weil Sie keine Lust mehr zum Schaufeln haben, obwohl es immer noch schneit.

Liebe Frau Kollegin Sandt, lieber Herr Hagen, aus diesem Grund kann ich nur sagen: Ich bedauere sehr, dass die FDP offenbar – das können Sie gerne widerlegen – nicht mehr ganz so im Team Wissenschaft ist, wie Sie es schon einmal waren. Stattdessen sind Sie kontrafaktisch unterwegs wie die klassischen Schwurbler, Querdenker und Esoteriker.

(Zurufe)

Ganz ehrlich gesagt: Das ist nicht Ihr Niveau und auch nicht das Milieu, in das Sie gehören.

Wir stehen vor schweren Monaten. Wir stehen vor schweren Situationen auf unseren Intensivstationen und in den Kliniken generell. Es ist eine schwierige Situation für die Menschen, die dort versorgt werden, aber auch für die Ärztinnen und Ärzte und Pflegerinnen und Pfleger, die dort ihre Arbeit leisten. Darum ist es entscheidend, dass wir alle unseren Teil dazu beitragen und diesen großen Akt der Solidarität unserer Gesellschaft leisten. Dieser Beitrag ist jedoch nicht so schwer; denn er besteht nur aus einem Piks und nennt sich Impfung.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich Frau Julika Sandt von der FDP-Fraktion gemeldet.

Julika Sandt (FDP): Ich habe eine Frage an den Wissenschaftsexperten, der zwar keine Ausnahme schafft, aber eine Ausnahme von der Ausnahme durch aktive und passive Teilnahme geschaffen hat. Wo ist der wissenschaftliche Unterschied, beim Fußballspiel zuzuschauen oder selber zu spielen? Worin besteht der wissenschaftliche Unterschied zwischen einem Zoobesuch und sonstigen Teilnahmen? Worin be-

steht der wissenschaftliche Unterschied, selber in einer Band zu spielen oder einer Band zuzuschauen? Wieso liegt Bayern beim Boostern so weit hinten im Gegensatz zu anderen Bundesländern, die auch von der FDP geführt werden? Wieso behaupten Sie, es gäbe keinen Unterschied zwischen Zwölfjährigen und alten Leuten hinsichtlich der Notwendigkeit eines Impfschutzes? – Natürlich können auch Kinder Corona bekommen. Die STIKO hat jedoch aus Gründen der Nutzen-Risiko-Abwägung später die Empfehlung für junge Menschen ausgesprochen. Die Wissenschaft hat klare Empfehlungen ausgesprochen, junge Menschen nicht von der Teilhabe auszuschließen. Sie sprechen uns die Nähe zur Wissenschaft ab, obwohl wir uns an die STIKO anlehnen. Sie ignorieren die STIKO jedoch knallhart.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Staatsminister, bitte schön.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Frau Kollegin Sandt, die Nähe zur Wissenschaft spreche ich Ihnen deshalb ab, weil Sie angesichts einer pandemischen Notlage von nationaler Tragweite beschließen, diese nicht zu verlängern. Sie halten sich offenbar nicht an Fakten, sondern an politische Einschätzungen und Meinungen. Das halte ich für falsch.

(Beifall)

Die anderen Unterschiede können Sie sich selber erklären, weil das wunderbar auf der Hand liegt. Die Grundregel heißt 2G. Aus pragmatischen Gründen wird jedoch eine Ausnahme für die über zwölfjährigen Schülerinnen und Schüler gemacht, weil es aufgrund der Impfquote von lediglich 45 % in dieser Alterskohorte von heute auf morgen zu sozialen Härten kommen würde. Also macht man eine Ausnahme, indem man sagt: Ihr werdet in der Schule sehr intensiv getestet, das stelle ich dem Impfen gleich.– Das ist eine Ausnahme. Irgendwann muss ich jedoch erklären, wo die Ausnahme zu Ende ist.

Das ist weniger ein naturwissenschaftliches, sondern ein juristisches Argument. Wenn Sie ein Fußballstadion mit Menschen füllen, wofür eigentlich die Grundregel 2G gilt, sich dann aber immer mehr Menschen darin befinden, die nur getestet sind, werden sich Menschen anderer Altersgruppen, die zufällig nicht mehr Schülerinnen und Schüler sind, ebenfalls fragen, warum sie eigentlich nicht unter diese Regel fallen, obwohl sie sich selber fünf- oder sechsmal testen lassen. Wir müssen naturwissenschaftlich sauber, infektiologisch konsequent, sozial verträglich und juristisch haltbar entscheiden. Das ist die Linie, die wir verfolgen. Sie stellen Anträge, um Stimmung zu erzeugen.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zwischenbemerkung Nummer zwei: Herr Abgeordneter Christian Klingen von der AfD-Fraktion.

Christian Klingen (AfD): Am Anfang hat die Staatsregierung gesagt, wir sollten die vulnerablen Gruppen wie die Älteren schützen. Das ist auch richtig so. Bei Kindern ist die Ansteckungsrate jedoch recht gering. Sie haben oder der Ministerpräsident hat einmal angekündigt, dass der Sputnik-Impfstoff in Illertissen produziert wird. Mich würde interessieren, wann der kommt. Sie sollten Angebote für verschiedenartige Impfstoffe machen. Viele haben Vorbehalte gegenüber den Impfstoffen von BioNTech und Moderna, da es bei diesen doch ab und zu Nebenwirkungen gibt. Wann kommen endlich die Totimpfstoffe? Setzen Sie sich dafür als Staatsregierung ein? – Ich nenne als Beispiel den Totimpfstoff der französischen Firma Valneva. Dieser ist in der Pipeline. Wann können wir endlich damit rechnen, dass auch in Deutschland ein Totimpfstoff zugelassen wird? – Sie sollten sich auf allen Ebenen dafür einsetzen. Auf diese Weise wäre viel mehr Auswahl vorhanden. Sie könnten Menschen davon überzeugen, sich impfen zu lassen, die sich nicht mit den anderen Impfstoffen impfen lassen wollen. Im Hinblick auf die Totimpfstoffe sind mir nur wenige Nebenwirkungen bekannt. Man sollte endlich einen herkömmlichen Totimpfstoff verimpfen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Ich will festhalten, dass wir momentan über vier Impfstoffe verfügen, die hochwirksam sind. Im Verhältnis zum normalen Influenza-Impfstoff sind sie um ein Vielfaches wirksamer. Je nach Konstellation hat der Influenza-Wirkstoff eine Wirksamkeit von 20 bis 50 %. Alle Studien haben eine Wirksamkeit von weit über 50 % für die mRNA- und Vektor-Impfstoffe belegt. Teilweise haben die Impfstoffe eine Wirksamkeit von 80 % und mehr. Wir haben vier hochwirksame Impfstoffe, die mittlerweile weltweit milliardenfach verimpft wurden. Sie sind in einer Art und Weise evaluiert und getestet, wie das die Menschheit noch nie gesehen hat. Warum Sie jetzt ausgerechnet nach Sputnik fragen, kann ich mir wenig erklären.

(Beifall)

Natürlich würden wir die Produktion von Sputnik oder eines anderen Impfstoffs in Bayern auch ermöglichen, wie wir es auch geplant haben, wenn dieser Impfstoff die Zulassung für die Produktion erhält. Das ist offenbar im Verfahren, aber noch nicht abgeschlossen. Die Frage, warum das so ist, müssen Sie jemandem anderen stellen. Sie sollten die Menschen in diesem Land nicht ständig mit dem falschen Gerede verunsichern, dass diese Impfstoffe nicht sicher seien. Diese Impfstoffe sind sicher und wirksam. Sie sind der einzige Weg. Wenn nicht Leute wie Sie seit über einem Jahr draußen Parolen und Propaganda verbreiten würden, wären 85 % der Menschen in diesem Land geimpft. Da bin ich mir sicher. Dann wären wir wie Portugal und Spanien schon durch mit der Pandemie.

(Beifall)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Herrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/18819 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die SPD-Fraktion und einige Abgeordnete der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD sowie des Abgeordneten Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen! – Bei Enthaltung der GRÜNEN-Fraktion. Damit ist der FDP-Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/18895 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/18896 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP sowie der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen? – Der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/18897 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos) und der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Enthaltungen! – Die FDP-Fraktion enthält sich. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Bevor wir zur gemeinsamen Beratung der nächsten Dringlichkeitsanträge kommen, darf ich auf unserer Ehrentribüne sehr herzlich willkommen heißen Herrn Senatspräsi-

denten a. D. Heribert Thallmair und Ehegattin Anneliese Thallmair sowie Herrn Landtagspräsidenten a. D. Johann Böhm und Ehegattin Elke Böhm, die wir anlässlich des nachzufeiernenden 85. Geburtstags des ehemaligen Senatspräsidenten heute im Maximilianeum begrüßen dürfen. Lieber Herr Thallmair, auch von dieser Stelle im Namen des Hohen Hauses nachträglich alles erdenklich Gute zu Ihrem Geburtstag. Es ist uns eine Freude und Ehre, dass Sie sowie Herr Landtagspräsident a. D. Johann Böhm und Ihre Gäste heute unter uns im Maximilianeum sind. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Lebhafter allgemeiner Beifall)